

Wahlen zum Deutschen Bundestag 2017

**Positionen  
des  
Bundesverbandes der Freien Berufe**

***Der Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB) vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, in Deutschland. Allein die rund 1,34 Millionen wirtschaftlich selbstständigen Freiberufler in Deutschland erzielen einen Jahresumsatz von rund 388 Milliarden Euro und steuern somit 10,1 Prozent oder jeden zehnten Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sie beschäftigen fast 3,6 Millionen Mitarbeiter – darunter ca. 122.000 Auszubildende. Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht jedoch weit über ökonomische Aspekte hinaus: Die Gemeinwohlorientierung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Berufe.***

## **Präambel**

Die Freien Berufe in Deutschland sind tief verankert in der Gesellschaft. In unserer sich wandelnden Welt sorgen sie gleichermaßen für Stabilität und Dynamik. Sie übernehmen tagtäglich Verantwortung für jeden Einzelnen, der ihre Unterstützung benötigt, und für unsere gesamte Gesellschaft.

Keine freiberufliche Dienstleistung gleicht der anderen, doch alle setzen ein hohes Maß an Fachwissen sowie persönlicher Integrität und Unabhängigkeit voraus. In der Regel handelt es sich um höchstpersönliche Dienstleistungen, die in besonders „sensiblen“ Bereichen erbracht werden und auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnitten sind. Jeder Verbraucher und die Gesellschaft als Ganzes stellen daher hohe Anforderungen an die Qualität dieser Dienstleistungen.

Die Qualität freiberuflicher Dienstleistungen ist deshalb nicht allein der intrinsischen Motivation des einzelnen Freiberuflers überlassen. In Deutschland hat sich vielmehr ein Gesamtrahmen für den Berufszugang und die Berufsausübung in den Freien Berufen herausgebildet, in dem Elemente wie die Selbstverwaltung und Berufsregeln ebendiese Qualität freiberuflicher Dienstleistungen verbürgen. Dieser Gesamtrahmen ist untrennbar mit dem Standort Deutschland verbunden – und er hat ihn stark gemacht.

Der BFB setzt sich zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen dafür ein, dass freiberufliche Dienstleistungen auch künftig den Qualitätsanforderungen entsprechen, die die Verbraucher hierzulande zu Recht erwarten.

## I. Kernforderungen

### 1. Steigende Bedeutung freiberuflicher Dienstleistungen anerkennen, politische Weichenstellungen für den Dienstleistungssektor auf gesicherter Datenbasis vornehmen

Die Nachfrage nach Dienstleistungen, insbesondere nach den hochqualifizierten Dienstleistungen der Freien Berufe, wird für unsere Gesellschaft und in unserer Volkswirtschaft immer wichtiger. Dieser Befund wird zwar von der Wissenschaft zunehmend thematisiert<sup>1</sup>, herkömmliche Modelle und Indikatoren beschreiben diese Entwicklung jedoch nur unzulänglich. Auch im politischen Raum wird dies bislang noch kaum aufgegriffen.

Der BFB fordert,

- dem Deutschen Bundestag einen Bericht zur Lage der Freien Berufe vorzulegen, in dem über die ökonomische Statusanalyse hinaus – beispielsweise anhand der Digitalisierung (s. Ziffer 5) – der Beitrag der Freien Berufe auf dem Weg in die Dienstleistungswirtschaft und -gesellschaft aufgezeigt wird;
- dass die Bundesregierung in der 19. Legislaturperiode die Bedürfnisse und die Entwicklung des Dienstleistungssektors in ihrer Politik stärker als bisher berücksichtigt. Als Querschnittsaufgabe erfordert dies eine ressortübergreifende Koordinierung. Dabei dürfen Dienstleistungen jedoch nicht pauschal „über einen Kamm geschoren“ werden. Vielmehr bedarf es bei politischen Weichenstellungen einer differenzierten Herangehensweise. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Dienstleistungen der Freien Berufe, die den gesellschaftlichen und technischen Wandel aufgrund ihres Tätigkeitsportfolios prägend mitgestalten;
- den Dialog mit wichtigen Vertretern des Dienstleistungssektors, darunter die Freien Berufe, zu intensivieren, beispielsweise im Rahmen eines Dialogforums, dessen Aufgabe es ist, die Politik bei der Gestaltung des Wandels hin zur Dienstleistungswirtschaft zu beraten.

### 2. Qualität und Leistungsfähigkeit der Selbstverwaltung erhalten, von Ausweitung staatlicher Einflussnahme absehen

Die Selbstverwaltung in den Freien Berufen ist ordnungspolitisch sinnvoll: Sie basiert auf der Erkenntnis, dass sich in vielen Bereichen das bestmögliche Ergebnis nicht allein durch den Staat verwirklichen lässt, sondern dadurch, dass die fachliche Kompetenz der Berufsträger selbst, vertreten durch ihre jeweiligen Fachorganisationen, strukturell in diesen Prozess integriert wird. Das Zusammenspiel zwischen Aufsicht und Berufsstand spiegelt dies wider: Die fachliche Kompetenz liegt bei den Selbstverwaltungskörperschaften, die Körperschaften ihrerseits unterliegen der Rechtsaufsicht des Staates. Dieses Zusammenspiel und die klare Abgrenzung zwischen „fachlicher Sphäre“ und „aufsichtsrechtlicher Sphäre“ haben sich insgesamt bewährt.

---

<sup>1</sup> Siehe z. B. die Konzeption des OECD-Regulierungsindikators, die 133. Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute „Deutsche Wirtschaft gut ausgelastet – Wirtschaftspolitik neu ausrichten“ vom 29. September 2016, Fazit S. 70, sowie das Jahresgutachten 2015/16 „Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt“ des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Randziffer 618.

Das Modell der Selbstverwaltung wird zudem – wo erforderlich und angezeigt – durch die jeweiligen Akteure der Berufszweige selbst kontinuierlich weiterentwickelt. Die Stärke des Systems der Selbstverwaltung liegt in der hohen fachlichen Kompetenz, der Praxisnähe und dem funktionierenden Interessenausgleich im Sinne einer gesellschaftlichen Gesamtverantwortung. Trotzdem tendiert die Politik zunehmend dazu, die staatlichen Befugnisse und Kontrollen zulasten der Selbstverwaltung auszuweiten. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Selbstverwaltung zu stärken.

Der BFB fordert,

- die verschiedenen Kompetenzsphären auch künftig sauber voneinander abzugrenzen und der Selbstverwaltung ausreichenden Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu geben, um gemeinwohlorientiert die gesetzlichen Aufträge mit hoher Fachkompetenz eigenverantwortlich erfüllen zu können;
- das Gesamtsystem Freiberuflichkeit nicht dadurch zu unterminieren, dass Kompetenzen auf die staatliche Ebene zurückverlagert werden;
- die Selbstverwaltung nicht zu schwächen, sondern sich klar zu ihren Vorzügen zu bekennen und sie zu stärken.

### 3. Freiberuflichen Rechtsrahmen im Dienstleistungsbinnenmarkt stärken statt schwächen

Die Europäische Kommission, aber auch der IWF und die OECD fordern von Deutschland regelmäßig Veränderungen bzw. einen Abbau von Berufsregeln in den Freien Berufen, um so vermeintlich mehr Wachstum im Dienstleistungsbinnenmarkt zu generieren (siehe v.a. Umsetzungsinitiativen im Rahmen der EU-Binnenmarktstrategie; Länderberichte bzw. länderspezifische Empfehlungen 2015 und 2016; Vertragsverletzungsverfahren HOAI). Sie lässt dabei allerdings unberücksichtigt, dass das Regulierungssystem in Deutschland so konzipiert ist, dass Wettbewerb bei freiberuflichen Dienstleistungen auch an der Qualität gemessen wird und nicht (alleine) nach dem Preis erfolgt. Das Berufsrecht der Freien Berufe in Deutschland ist zudem im europaweiten Vergleich ohnehin bereits ausgesprochen praxisgerecht und verbraucherorientiert. Ausgeblendet werden auch die Erfahrungen aus anderen Bereichen der Wirtschaft und aus anderen europäischen Ländern, dass Deregulierung bisweilen sogar kontraproduktiv auf das Wachstum wirken kann. Ausgeklammert bleibt vor allem aber auch, dass die – für freiberufliche Dienstleistungen typische – Informationsasymmetrie zwischen Dienstleistungserbringer und Verbraucher Regulierung zum Schutz der Verbraucher erforderlich macht.

Der BFB fordert,

- bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Rechtsrahmens für freiberufliche Dienstleistungen das nationale Umfeld – also den gesetzlichen und berufsrechtlichen Rahmen sowie gesellschaftliche Erwartungen an die Qualität freiberuflicher Dienstleistungen – zu berücksichtigen. Im Hinblick auf die Freien Berufe in Deutschland bedeutet dies konkret,
  - (1) den hierzulande gewachsenen Leistungswettbewerb nicht einem schrankenlosen Preiswettbewerb zu opfern und
  - (2) funktionierende, dem Verbraucherschutz und der Qualitätssicherung dienende Elemente (Selbstverwaltung, Kosten- und Honorarordnungen, Regelungen zu Fremdkapital und zur Rechtsform) im Kern zu erhalten, sie jedoch im Bedarfsfall verantwortungsbewusst und die

Identität der Freien Berufe während weiterzuentwickeln und darüber hinaus – wo geboten – auf weitere Berufsgruppen auszudehnen;

- den Subsidiaritätsgrundsatz achtend die mitgliedstaatliche Regelungskompetenz für berufsrechtliche Fragen zu erhalten bzw. zu stärken;
- im Bereich der Normung und Standardisierung von Dienstleistungen im Blick zu behalten, dass in vielen Mitgliedstaaten bereits einschlägige gesetzliche Regelungen bestehen (z. B. soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung). Europäische Dienstleistungsnormen dürfen nicht im Widerspruch zu gesetzlichen Festlegungen oder der Kompetenzverteilung zwischen EU-Ebene und Mitgliedstaaten stehen oder dazu führen, dass bestehende Gesetze durch Dienstleistungsnormen ersetzt werden;
- dass die Bundesregierung
  - (1) auf eine europaweit umfassende und belastbare statistische Datenerhebung zu den Freien Berufen nach einheitlichen und sachgerechten, insbesondere nicht rein ökonomisch orientierten Standards hinwirkt. Diese ist die Grundvoraussetzung für die Beurteilung von Handlungsbedarf im europäischen Binnenmarkt;
  - (2) sich auf europäischer Ebene für eine Legaldefinition der Freien Berufe einsetzt.

#### **4. Nachhaltigkeit in der Sozialversicherung stärken**

In die politische Diskussion um die Rente werden zunehmend Überlegungen eingebracht, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer „Erwerbstätigenversicherung“ auszubauen. Davon betroffen wären perspektivisch insbesondere Angehörige der Freien Berufe, die bereits heute funktionierende Absicherungen für die Altersvorsorge etabliert haben.

Der BFB fordert,

- das Drei-Säulen-System der Altersvorsorge beizubehalten;
- die Altersabsicherung von Selbstständigen durch weitere Anreize zur privaten Vorsorge zu verbessern;
- von einer undifferenzierten und obligatorischen Pflichtversicherung für Selbstständige abzusehen und – falls die Politik entgegen der BFB-Empfehlung eine Pflichtversicherung für alle bisher nicht obligatorisch abgesicherten Selbstständigen als sinnvoll erachten würde – zumindest Wahlfreiheit bezüglich der Vorsorgeform zu ermöglichen;
- die bewährten und funktionierenden berufsständischen Versorgungswerke der Freien Berufe zu erhalten.

#### **5. Digitalisierung freiberuflergerecht ausgestalten**

Die Digitalisierung ist hochkomplex. Ihre Potenziale müssen gehoben und die Risiken bestmöglich minimiert werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland ist eine praxisgerechte Gestaltung der Digitalisierung entscheidend. Dafür bedarf es einer modernen technischen Infrastruktur, die bundesweit den schnellen und sicheren Datentransfer ermöglicht.

Der BFB fordert,

- mit einem modernen, möglichst EU-weit einheitlichen, rechtssicheren und praxistauglichen Datenschutz das Spannungsfeld zwischen Digitalisierung und dem Schutz des einzelnen Bürgers und seiner personenbezogenen Daten zu entladen. Denn diese Daten sind kein Gut wie jedes andere. Daher greifen im Bereich der Freien Berufe bereits heute besondere Regelungen für den Umgang mit solchen personenbezogenen Daten. Das freiberufertypische Vertrauensverhältnis zu ihren Mandanten, Klienten, Patienten und Kunden darf auch künftig nicht von Interessen Dritter beeinträchtigt werden. Der Schutz des Berufsgeheimnisses muss unbedingten Vorrang vor der Erfüllung etwaiger Informationspflichten haben;
- ein modernes und austariertes Urheberrecht zu schaffen, bei dem geistiges Eigentum ausreichend geschützt, der Zugang der Allgemeinheit zu Informationen gewahrt und die Lebensgrundlagen der Urheber mit ihren kreativ-schöpferischen Leistungen (auch gegenüber Verwertern) gesichert werden;
- eine leistungsfähige, sichere und flächendeckende digitale Infrastruktur unter Wahrung des erforderlichen Sicherheitsniveaus zu schaffen;
- die papierlose Kommunikation mit Verwaltung, Behörden, Gerichten und sonstigen Institutionen Hand in Hand mit den zuständigen Berufsgruppen praxisgerecht voranzubringen;
- den Blick von Industrie 4.0 auf Wirtschaft 4.0 zu weiten und Innovationen über alle Wirtschaftssektoren hinweg – auch und gerade im Dienstleistungsbereich – zu unterstützen.

## 6. Fachkräftebedarf sichern - Qualitätsdumping verhindern

Bei freiberuflichen Dienstleistungen kommt es entscheidend auf die Kompetenz an – das gilt nicht nur für die Berufsträger selbst, sondern auch im Assistenzbereich. Mit der voranschreitenden Digitalisierung als einem Teil des technischen Fortschritts und mit dem demographischen Wandel wächst in den Freien Berufen der Bedarf an Fachkräften, um auch künftig in bewährter Weise qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten zu können. Unabdingbare Voraussetzung für die Fachkräftesicherung ist ein Schul- und Ausbildungssystem, das entsprechende Kompetenzen vermittelt bzw. auf den Erwerb dieser Kompetenzen bestmöglich vorbereitet. Dabei geht es nicht um formale Kriterien oder Vereinbarungen: Für die Attraktivität der beruflichen Bildung ist nicht die formelle Einstufung zum passenden DQR-Niveau (Deutscher Qualifikationsrahmen) entscheidend; entscheidend sind die Inhalte.

Der BFB fordert,

- die Attraktivität der dualen Ausbildung weiter zu stärken, indem beispielsweise die Ausbildungs- und Fortbildungsverordnungen inhaltlich – wo geboten – modernisiert, jedoch nicht durch formale Vorgaben überfrachtet und weiter verkompliziert werden. Berufsbilder im Bereich der Freien Berufe und ihrer Assistenzberufe sind zeitgemäß zu gestalten und geschlechterspezifische Zuordnungen sind zu überwinden, um Beschäftigungspotenziale zu erschließen;
- die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik stärker auf die künftig erforderlichen Kompetenzen und Qualifikationen auszurichten. Ganz grundsätzlich und dringend brauchen wir eine „Digitale Agenda“ für eine modernere Schulbildung, zu der eine bestmögliche technische Ausstattung, vor

allem aber Konzepte mit systematischen Lernzielen zählen. Zudem sollte eine Strategie zur Vermittlung von digitalen Kompetenzen in der dualen Ausbildung entwickelt werden, um die Potenziale der Digitalisierung nutzen zu können;

- auf den zunehmenden Fachkräftemangel nicht dadurch zu reagieren, dass Abstriche bei der Qualität der Ausbildung akzeptiert werden; auch dem Trend zum Erwerb von Teilqualifizierungen ist entgegenzuwirken. Denn in den Freien Berufen sind die heute geforderten (bzw. in der Ausbildung vermittelten) Qualifikationen nicht nur die unverzichtbare Grundvoraussetzung für den eigenen dauerhaften beruflichen Erfolg, sondern vor allem aus Sicht der Verbraucher Garant dafür, dass die von ihnen nachgefragte Dienstleistung in der entsprechenden Qualität erbracht wird;
- auch im Hinblick auf die Integration von Flüchtlingen in den hiesigen Arbeitsmarkt an Sprache und Qualifikation als Schlüsselkompetenzen festzuhalten, weil sie für die Freien Berufe von entscheidender Bedeutung sind;
- ein aussagekräftiges Fachkräftemonitoring einzuführen, das die Identifizierung regionaler und fachlicher Engpässe ermöglicht;
- Haushaltsspielräume für Bildungsinvestitionen zu nutzen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

## 7. Besteuerung von Freiberuflern nicht verschärfen

Freie Berufe sind im heutigen Steuersystem (wie auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigt<sup>2</sup>) anders positioniert als gewerbliche Unternehmen. Über die Einkommensteuer leisten sie ihren Beitrag zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben. Dennoch gibt es Rufe danach, die Besteuerungssystematik zulasten der Freien Berufe grundlegend zu verändern. Grundsätzlich bedarf es einer Steuerpolitik, die der besonderen Situation von Klein- und Kleinstbetrieben, die für die Freien Berufe typisch sind, gerecht wird und überbordende Bürokratie vermeidet. Die Besteuerung darf, auch vor dem Hintergrund einer insgesamt positiven fiskalischen Entwicklung, nicht zulasten dieser Einheiten verändert werden, wenn sie denn schon nicht gesenkt wird.

Der BFB fordert,

- die Freien Berufe auch weiterhin von der Gewerbesteuer auszunehmen. Die Ausnahme der Freien Berufe aus der Gewerbesteuer ist unverändert gerechtfertigt, da Freiberufler durch ihre Leistungen zur Daseinsvorsorge beitragen und damit Teil der kommunalen Infrastruktur sind. Zudem entrichten die Freien Berufe durch die Einkommensteuer einen fairen und vergleichbar hohen Beitrag.
- von der Wiedereinführung der substanzverzehrenden Vermögensbesteuerung abzusehen, weil diese die Freien Berufe benachteiligen würde. Denn mit Blick auf die Altersvorsorge muss es für die Freien Berufe auch künftig möglich bleiben, Rücklagen zu bilden.

---

<sup>2</sup> Beschluss des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Januar 2008

## II. Ergänzender Forderungskanon

Der BFB fordert,

- die Verschwiegenheitspflichten der Freien Berufe zu respektieren und die Verschwiegenheitsrechte der Bürger zu schützen. Die Verschwiegenheitspflichten der Freien Berufe sollten daher einem einheitlich stufenlosen Schutz im Rahmen des § 160a Strafprozessordnung zugeführt werden;
- ehrenamtliches Engagement zu unterstützen: Hierzu zählt es anzuerkennen, dass das große Engagement der vielen ehrenamtlich Tätigen in der Berufspolitik der Freien Berufe der Allgemeinheit – Staat und Gesellschaft – zugutekommt, nicht zuletzt mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung. Für diese Aufgaben muss die Politik dafür sorgen, dass das ehrenamtliche Engagement in Kammern und Verbänden der Freien Berufe auch künftig attraktiv bleibt. Die Umsatzsteuerbefreiung für ehrenamtliches Engagement muss daher erhalten bleiben;
- den Bürokratieabbau auf nationaler und europäischer Ebene mit Blick auf die Belange des Mittelstandes – darunter die Freien Berufe – weiter zu intensivieren. Ziel ist die spürbare Entlastung von Bürokratie und deren Kosten;
- alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Anliegen der Freien Berufe konsistent und schlagkräftig – auch und gerade auf europäischer Ebene – zu vertreten. Hierzu gilt es, innerhalb der Bundesregierung die Zuständigkeiten für die Freien Berufe klarer als heute zu strukturieren und – wo geboten – zu bündeln. Ebenso muss die Bund-Länder-Abstimmung zu Angelegenheiten der Freien Berufe weiter intensiviert werden.

Der wirtschaftliche Wohlstand Deutschlands beruht maßgeblich auf dem Engagement der Freien Berufe. Sie sind nicht nur heute unverzichtbar für Wachstum und Beschäftigung, sondern bei ihnen entstehen auch die Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen. Vor allem aber sind die Freien Berufe Garanten für gesellschaftliche Stabilität und Vielfalt. Deshalb muss die Politik umfassend auf die Belange der Freien Berufe ausgerichtet werden.